



Antrag

der Fraktionen von SSW und SPD

Keine Grenzkontrollen im deutsch-dänischen Grenzland

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass auch zeitlich begrenzte Grenzkontrollen an der deutsch-dänischen Grenze erhebliche Auswirkungen auf das Leben im Grenzland haben und den Alltag der dort lebenden Menschen erschweren. Pendlerinnen und Pendler, Schülerinnen und Schüler, Studierende sowie die auf beiden Seiten der Grenze lebenden nationalen Minderheiten sind direkt von den Grenzkontrollen betroffen. Darüber hinaus können Grenzkontrollen negative Auswirkungen auf den Grenztourismus und den Grenzhandel haben.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich gegen Binnengrenzkontrollen im deutsch-dänischen Grenzland einzusetzen, um die Personenfreizügigkeit als wesentlichen Bestandteil des europäischen Binnenmarktes zu gewährleisten und die von Grenzkontrollen direkt betroffenen Personen im deutsch-dänischen Grenzland zu entlasten.

Begründung:

Anfang September 2024 kündigte Bundesinnenministerin Nancy Faeser die Einführung von Binnengrenzkontrollen an allen deutschen Grenzen an, darunter auch an der Grenze zu Dänemark. Die Kontrollen sollen am 16. September beginnen und zunächst sechs Monate dauern. Da illegale Grenzübertretungen von Dänemark nach Deutschland im Fluchtgeschehen, was als offizielle Begründung für diese Maßnahme gilt, keinerlei höhere Bedeutung zugemessen werden kann, wären Grenzkontrollen auf deutscher Seite völlig fehl am Platz.

Lars Harms

und Fraktion

Birte Pauls

und Fraktion